

Die Notwendigkeit der Abgabe von Zucker zum Obsteinsieden.

Teilweise Zusagen des Ernährungsamtes.

Die von uns mit Nachdruck vertretene Forderung weiter Bevölkerungskreise, die Verordnung über die Nichtverabfolgung von Zucker zum Obsteinsieden im heurigen Jahre abzuändern oder ganz zurückzuziehen, wurde nun auch im Parlament zum Gegenstande einer Aktion an maßgebender Stelle gemacht.

Der deutsche Städtebund beim Ernährungsminister.

Der Bund der deutschen Städte hat eine umfassende Aktion im Ernährungsministerium unternommen, um Freigabe des Zuckers zum Obsteinsieden für Privathaushaltungen zu erreichen. Der Obmann der Geschäftsleitung Abg. Kraft sowie Abg. Dr. Dinghofer hatten mit dem Ernährungsminister v. Höfer mehrere Unterredungen. Eine Abordnung des Städtebundes unter Führung des Bürgermeisters Tamuffino (Mödling) sprach bei den Sachreferenten des Ernährungsministeriums vor. Das Resultat der Besprechungen ergab die Zusage des Ernährungsministers, den Landesstellen 550 Waggons Weißzucker zur Verfügung zu stellen, welche vor allem den gemeinnützigen Organisationen, dann den Besitzern von Obstgärten und sonstigen Haushaltungen zur Verfügung zu stellen wären.

Obwohl auch diese Zusagen nicht volle Befriedigung auslösen, so war immerhin eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen geboten, die weitergepflogen werden. Auch in der Frage der Einkäufe von Obst durch Händler, welche durch Preisüberbietungen, ja sogar durch unzulässige Versprechungen an die Obstproduzenten (durch Tausch mit Kaffee, dessen Ursprung gewiß sehr fraglich ist), hat der Ernährungsminister zugesagt, Verfügungen zu erlassen, welche diesen Uebelstand endgültig abzuheben geeignet sind.

Der Ernährungsminister empfiehlt den Haushalter, ohne Zucker und mit Hilfe von Konservierungsmitteln einzusieden. Dagegen stellte sich der Städtebund auf den Standpunkt, daß dieser Vorgang des zuckerfreien Einkochens vor allem den Marmeladenfabriken zu empfehlen wäre, wodurch große Mengen Einsiedezucker für den Privatgebrauch frei würden.

Eine Aktion des Niederösterreichischen Gewerbevereines.

Auf Wunsch mehrerer gewerblich-industrieller Körperschaften, Gewerbevereine und anderer sah sich der Niederösterreichische Gewerbeverein veranlaßt, beim Amte für Volksernährung vorstellig zu werden, damit die Verfügung, heuer keine Zuckerzusatzkarten für Obsteinsieden auszugeben, zurückgezogen werde. Diese Eingabe

rechtzeitigen, preiswerten Versorgung der Angestellten und Arbeiter industriell-gewerblicher Betriebe mit guter, wirklich Zucker als Nährmittel enthaltender Marmelade. Die Einsiedetechnik habe sich in der Hauswirtschaft außerordentlich entwickelt und werde durchaus wirtschaftlich betrieben. Zucker in den Marmeladen sei eines der wichtigsten Erzhmittel für das so sehr fehlende Fett und komme auch für die Pflege der Kinder besonders in Betracht. Die Beschränkung der Marmeladenversorgung ausschließlich auf den Kauf werde unbedingt verteuern wirken, und zwar nicht bloß für die Marmeladen selbst, sondern wofür schon jetzt Anzeichen vorliegen, auch für den Einkauf des Rohobstes. Wenn weniger Zucker für Einsiedezwecke zur Verfügung steht als im Vorjahre, so möge man wenigstens eine gekürzte Zuckerzusatzkarte den Haushaltungen zubilligen.